



Keine Verfassung der Welt legt die Gesellschaft so eng und unabänderlich auf das **neoliberale Wirtschaftsmodell** fest wie die EU-Verfassung: „Die Tätigkeit der Mitgliedstaaten und der Union umfasst die Einführung einer Wirtschaftspolitik, die dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb verpflichtet ist.“ (Art. III-69; Verfassungsentwurf)

Europa der Konzerne: **Nein danke!**

Kontrollbefugnis. Die Außengrenzen der EU sind mit Stacheldraht und Schussanlagen umgeben. Die Ausgestaltung der Asylbestimmungen bleibt den Einzelstaaten überlassen. Das Schengener Abkommen, nach dem die Freizügigkeit von Personen gestattet oder auch aufgehoben wird, ist in Teilen geheim.



Die EU ist vor allem ein Binnenmarkt. Er wurde in den 80er und 90er Jahren auf Druck der europäischen Konzerne geschaffen, um Unternehmensgrößen wie in den USA zu erreichen und dadurch die Konkurrenzposition zu verbessern. Die in Lissabon im März 2000 verabschiedete **Agenda 2010** erklärt dieses Ziel in aller Deutlichkeit: „Die EU muß die dynamischste und wettbewerbsfähigste Region der Welt werden.“

Den höchsten Wert genießt deshalb in der EU-Verfassung „der Binnenmarkt mit freiem und unverfälschten Wettbewerb“ (Art. I-3) mit seinen vier Grundfreiheiten: „der freie Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr.“ (Art. I-4) Die Umsetzung dieses Ziels bedeutet die Aufhebung einzelstaatlicher Regulierungsmöglichkeiten. Änderungen an der EU-Verfassung können nach einvernehmlicher Empfehlung des Konvents und anschließender Ratifizierung durch alle Mitgliedstaaten – also nur einstimmig – erfolgen. (Art. IV-7)

Regeln für den Wettbewerb der Unternehmen, wie gemeinsame Währung, Zollpolitik, Handels- und Industrienormen, werden vereinheitlicht. Soziale Standards hingegen, wie Löhne, Arbeitsbedingungen und soziale Sicherungssysteme, sollen wie die direkten Steuern gerade diesem Wettbewerb ausgesetzt sein. Damit ist ein EU-weites **Lohn- und Sozialdumping** unvermeidlich. Ändern ließe sich das nur durch einen einstimmigen Beschluß aller EU-Staaten.

Unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung verfolgt die EU das Ziel, auch militärisch mit den USA konkurrieren zu können. **Aufrüstung und Kampfeinsätze** werden Verfassungsauftrag: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern. Es wird ein Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten eingerichtet...“ (Art. I-40). Der Euratom-Vertrag wird übernommen. Das Europaparlament wird bei allen außenpolitischen und militärischen Entscheidungen ohne jegliche Einflussmöglichkeit bestenfalls gehört. Die Schaffung einer EU-Armee geht einher mit der Umstellung von der Wehrpflicht auf die Berufsarmee.

Gleichzeitig wird der **autoritäre Überwachungsstaat** ausgebaut: Einrichtung riesiger Datenbanken, zu denen kein Bürgerbeauftragter Zugang hat; Einrichtung einer europäischen Ermittlungsbehörde (Europol) und einer Staatsanwaltschaft (Eurojus); europäische Koordination der Geheimdienste. In all diesen Bereichen hat das Europäische Parlament keine

Nein zu dieser Verfassung!

Viele Probleme können wir in Europa nur grenzübergreifend lösen. 70% der Gesetze, die im Bundestag verhandelt werden, haben heute schon ihren Ursprung in Brüssel. Ein gedeihliches und friedliches Zusammenleben der Völker kann es jedoch nur auf der Grundlage von Demokratie und sozialen Rechten geben. Eine Alternative zum Europa der Konzerne ist nötig: eine **sozialistische** und demokratische, selbstverwaltete **Gesellschaft** ohne Ausbeutung der Arbeit und Unterdrückung der Frauen – basierend auf nachhaltiger Entwicklung statt auf einem Wachstumsmodell, daß den Planeten bedroht. Nicht Konzerninteressen, sondern die Bedürfnisse der Menschen müssen im Mittel-



punkt stehen. Oberstes Ziel der Wirtschaftspolitik in Europa muß die Herstellung **einheitlicher Lebensverhältnisse** sein, die sich am fortschrittlichsten Standard orientieren.



Keine EU-Verfassung ohne Volksabstimmung!



Fotos

oben: „Alles ändern!“ Erwerbslosendemonstration; Paris 2003
rechts oben: 1. November – Demonstration gegen Sozialkahlschlag; Berlin 2003



Ein anderes Europa ist möglich!

- Aufhebung des Wachstums- und Stabilitätspakts
- gesellschaftliche Kontrolle der Banken und Kapitalmärkte
- auskömmliches Mindesteinkommen für ein Leben in Würde
- gesetzliche Mindestlöhne
- 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- europäisches Streik- und Tarifrecht
- Ausbau statt Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge mit Umweltverträglichkeit und öffentlicher Kontrolle
- Förderung der biologischen Landwirtschaft und Schutz der regionalen Märkte
- Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Haushalts- und Investitionsentscheidungen auf allen Ebenen
- volle legislative Befugnisse für das Europäische Parlament
- Bürgerrecht für alle Menschen mit Lebensmittelpunkt in der EU
- offene Grenzen für Flüchtlinge und Asylsuchende
- Kündigung des Schengener Abkommens
- keine EU-Armee und Reduzierung der Militärausgaben
- sofortiger und bedingungsloser Schuldenerlaß für die Länder des Südens

Die Europäische Antikapitalistische Linke – EAL

hat sich im März 2000 anlässlich des EU-Gipfels in Lissabon gebildet. Sie ist ein Zusammenschluß von sozialistischen und antikapitalistischen Organisationen aus mehreren westeuropäischen Ländern. Jährlich finden ein bis zwei Treffen statt. Im ***Freundeskreis der EAL in Deutschland** arbeiten bislang mit

DKP Deutsche Kommunistische Partei
Geraer Dialog in und bei der PDS
isl internationale sozialistische linke
Linksruck
SAV Sozialistische Alternative
und
Einzelpersonen

Kontakt

manuel.kellner@gmx.de

Verantwortlich im Sinne des Presserechts

Manuel Kellner
c/o SoZ-Verlag
Dasselstraße 75-77
50674 Köln



Europa der
Argumente gegen
Konzerne
die EU-Verfassung
Nein danke!



Europäische

Antikapitalistische

Linke

